

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 64 (1972)
Heft: 9

Artikel: Der Londoner Kongress der Gewerkschaftsinternationale
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Bericht der Expertenkommission für die Neuordnung der Krankenversicherung bestätigt, wie bereits gesagt, in seinem untersuchenden Teil, dass nur bei Erfüllung dieser Forderungen das Ungenügen des heutigen Versicherungssystems vollumfänglich behoben werden könnte. Leider schlägt die Expertenkommission trotzdem ein Modell vor, das nur teilweise zu einer Verbesserung der Situation führen wird. Ein Modell, das somit nicht als echte Alternative zur Volksinitiative für eine soziale Krankenversicherung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei gelten kann.

Soweit, sehr geehrter Herr Bundesrat, unsere Stellungnahme zum Bericht der eidgenössischen Expertenkommission für die Neuordnung der Krankenversicherung. Wir wissen, dass Sie unsere Einwände ernsthaft prüfen werden. Wir danken Ihnen dafür und grüssen Sie freundlich und mit vorzüglicher Hochachtung.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Der Londoner Kongress der Gewerkschaftsinternationale

Von J. W. Brügel

London war der Ort, an dem im Dezember 1949 der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) gegründet wurde, nachdem der Versuch, demokratische und andere Gewerkschaften in einer gemeinsamen Gewerkschaftsinternationale zusammenzufassen, gescheitert war. Nach fast 23 Jahren war nun der *IBFG* wieder nach London gekommen, um an seinem *10. Kongress vom 10. bis 14. Juli 1972* Rückschau zu halten und die zukünftige Taktik festzulegen. Die zurückliegenden Jahrzehnte waren Zeiten grosser Erfolge, aber auch mancher Enttäuschungen. Der *IBFG* ist heute eine in allen Weltteilen fest verankerte Organisation, die für Demokratie und sozialen Fortschritt auf der ganzen Welt kämpft. An seinem Londoner Kongress fand sich wieder eine sehr grosse Anzahl farbiger, vor allem schwarzer Delegierter ein, die die beglückende Tatsache unterstrichen, dass hier ein Forum geschaffen worden ist, vor dem sich im Zeichen der internationalen Solidarität arbeitende Menschen aus reichen wie aus armen Ländern, aus hochentwickelten Industriestaaten und aus Entwicklungsländern zu gemeinsamer Arbeit auf gleichberechtigter Basis zusammenfinden. Dem *IBFG* gehören jetzt 113 Organisationen aus 89 Ländern mit einer Gesamtmitgliedszahl

von fast 52 Millionen an, und die gute Hälfte dieser Mitglieder lebt ausserhalb Europas.

Diesen positiven Dingen stehen aber auch viele negative gegenüber. Kommunistische und faschistische Diktaturen hindern immer noch Hunderte Millionen von Arbeitenden daran, sich frei zusammenzuschliessen. Niemand hat entschiedener und kompromissloser den Kolonialismus und alles, was damit zusammenhängt, bekämpft als der IBFG, aber in vielen Ländern – nennen wir nur Algerien –, in denen er zur Befreiung von der Kolonialherrschaft und zur Staatwerdung aktiv beigetragen hat, haben die neuen Machthaber entweder die dem IBFG angehörenden Gewerkschaften abgewürgt oder ihnen die Aufrechterhaltung internationaler Verbindungen untersagt. In manchen Entwicklungsländern, in denen das nicht der Fall ist, zögern Gewerkschaften aus den verschiedensten Gründen, internationale Bindungen einzugehen. Den schwersten Schlag nicht nur finanziell, sondern auch prestigemässig, erlitt der IBFG vor drei Jahren, als eine seiner gründenden Organisationen, die amerikanische Gewerkschaftszentrale AFL-CIO mit 14 Millionen Mitgliedern, sich aus einer Reihe von Motiven aus dem Bund zurückzog. Versuche, sie zum Wiederanschluss zu bewegen, haben bisher keinen Erfolg gebracht, sollen aber fortgesetzt werden.

Arme und reiche Länder

Die drängenden Sorgen der arbeitenden Menschen aller Länder wurden in London mit grösstem Ernst erörtert, vor allem natürlich die Lage in der «Dritten Welt» angesichts der traurigen Tatsache, dass ungeachtet aller von den reichen Ländern den anderen gewährten Entwicklungshilfe die Reichen immer reicher werden und die Armen arm bleiben. Es war erschütternd, als ein Delegierter aus Afrika den Europäern, die sich wegen der Arbeitslosigkeit von 2 oder 3 Prozent in ihrem Lande Sorgen machen, vorhielt, man wäre in Afrika glücklich, wenn man es «nur» mit einer Arbeitslosigkeit von 6 Prozent zu tun hätte – sie erreiche meist ein vielfach höheres Ausmass und werde mit 15 Prozent noch als verhältnismässig gering angesehen. Im Vergleich dazu erscheinen die Lebensprobleme der europäischen Arbeiter geradezu eine Kleinigkeit und darum überliess man in den Debatten das Feld weitgehend den farbigen Delegierten. Das einleitende Referat zum Thema «Die Kluft zwischen arm und reich – national und international» hielt der Präsident der 600 000 Mitglieder umfassenden Gewerkschaftszentrale von Nigerien *Alhaji J. Kaltungo*. Er musste feststellen, dass sich «die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern in gigantischer Weise vergrössert und nicht die geringsten wirtschaftlichen Anzeichen dafür vorliegen, dass sie sich schliessen wird. Der Lebensstandard von Millionen Menschen in den Entwicklungsländern ver-

schlechtert sich immer mehr, während der Lebensstandard der Menschen in den Industriestaaten wächst. Bei Einleitung der zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen lebten über 66 Prozent der Weltbevölkerung von 12,5 Prozent des Welteinkommens, während die übrigen 34 Prozent 87,5 Prozent des gesamten Wohlstandes der Welt genossen.» Kaltungo führte eine Reihe von gewerkschaftlichen Möglichkeiten an, die eine Wendung zum Besseren mit herbeiführen könnten. So sollten sich vor allem die Gewerkschaften in den Industrieländern nicht gegen eine Verlagerung von Industrien sträuben, durch die eine gerechtere internationale Arbeitsteilung erzielt würde. Die Gewerkschaften der einzelnen Länder sollten bei ihren Regierungen erreichen, dass wenigstens 0,7 Prozent des Volkseinkommens der Industriestaaten als offizielle Entwicklungshilfe beigestellt werde. Eindringlich verwies der Redner darauf, wie wichtig es sei, dass die Gewerkschaften in den fortgeschrittenen Staaten bei ihren Mitgliedern mehr Verständnis für die Not in der Dritten Welt erwecken.

Die multinationalen Konzerne

Ein Gegenstand tauchte immer wieder in den Debatten auf, einer, der wieder das Leben der Arbeiter in den Industriestaaten stärker beeinflusst: die Drohung, die von der wachsenden Macht des internationalen Kapitals, den «multinationalen Konzernen», ausgeht. Wenn die Automobilarbeiter im amerikanischen Detroit Lohnforderungen stellen, können ihnen die Arbeitgeber heute sagen, man werde eben von nun an die Produktion mehr nach dem südafrikanischen Kapstadt verlegen, wo die Arbeiter nicht so «begehrlich» sind. Ueber die Bedeutung der «multinationalen Firmen» machte *Vic Feather*, der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, in seinem einleitenden Referat interessante Angaben:

«Die multinationalen Firmen sind in vielen Ländern tätig. Ihre Produktions- und Investitionsprogramme lassen sich nach dem Diktat des kommerziellen Vorteils von einem Land in ein anderes verlagern. Die multinationalen Firmen sind alle sehr gross, sie sind auch alle sehr reich. Ueber 50 von ihnen haben eine Produktion von mehr als 2 Milliarden Dollar jährlich. Einige von ihnen haben eine Produktion, deren Wert grösser ist als das Volkseinkommen eines mittelgrossen Staates, und in ihrer Tätigkeit unterliegen sie der Herrschaft keiner einzigen Regierung. Der Umsatz von General Motors ist grösser als das Bruttosozialprodukt der Niederlande. Standard Oil, Ford oder Royal Dutch/Shell haben einen höheren Umsatz, als das Bruttosozialprodukt von Ländern wie Dänemark und Oesterreich ist. General Electric liegt über Norwegen, Chrysler über Griechenland und die britisch-niederländische multinationale

Firma Unilever steht auf gleicher Höhe mit Neuseeland. Ihre Führungsstruktur ist so beschaffen, dass es fast unmöglich sein könnte, den Ort zu bestimmen, an dem die Entscheidungen getroffen werden.»

Das Ziel der Gewerkschaften, fuhr Feather fort, könne nicht sein, auf die Eroberung, Aufspaltung oder Zerstörung der multinationalen Konzerne hinzuarbeiten, aber man müsse sich auf eine gewerkschaftliche Strategie zur Bekämpfung der der Arbeiterschaft und ihrer Existenz von dort drohenden Gefahren einigen. Nur im Zeichen der tatsächlichen internationalen Solidarität werde man der Probleme Herr werden. Feather führte eine Reihe von Fällen an, in denen das internationale Zusammenwirken der Gewerkschaften gegen eine Verlagerung von Investitionen und Produktion Erfolg gezeitigt hat, sagte aber, dass man in diesem Bereich noch viel weiter gehen könnte und müsste. Für den Erfolg der Gewerkschaftsarbeit auf diesem Gebiet gäbe es zwar keine Zauberformel, aber eine festgefügte gewerkschaftliche Mitgliedschaft sei die Voraussetzung aller Erfolge. Im Sinne von Feathers Ausführungen wurde eine umfangreiche Resolution angenommen, die in dem Beschluss gipfelte, zur Behandlung des Problems einen aus Vertretern des IBFG und der internationalen Berufssekretariate zusammengesetzten Sonderausschuss einzusetzen, der Richtlinien für ein gemeinsames Forschungsprogramm ausarbeiten soll. Die rasche Schaffung von internationalen Uebereinkommen über die Tätigkeit der multinationalen Firmen soll betrieben werden. Das Ziel aller dieser Betrachtungen müsse sein, ein starkes gewerkschaftliches Aktionsprogramm gegen die wirtschaftliche und politische Macht der multinationalen Konzerne aufzubauen.

Die Krise im Nahen Osten

Manchmal ging es am Londoner Gewerkschaftskongress hochpolitisch zu, besonders wenn die Krise im Nahen Osten zur Sprache kam. Der IBFG ist eine der wenigen internationalen Organisationen mit gemeinsamen Mitgliedschaften aus Israel und wenigstens zwei arabischen Staaten und man könnte daraus den Schluss ziehen, dass er doch ein Forum für die kameradschaftliche Beilegung der in dieser Zone der Welt bestehenden Konflikte sei. An sich könnte die *Histadrut*, die Gewerkschaftszentrale von Israel mit 800 000 Mitgliedern, angesichts ihrer jahrzentelangen Erfahrung auf gewerkschaftlichem Gebiet beim Aufbau von Gewerkschaften in den arabischen Ländern tatkräftige Hilfe leisten, wozu sie gerne bereit wäre. (In der *Histadrut* sind natürlich nicht nur jüdische, sondern auch arabische Arbeiter auf Grundlage völliger Gleichberechtigung organisiert.) Aber obwohl dem IBFG der tunesische Gewerkschafts-

bund (150 000 Mitglieder) und drei kleinere Verbände aus dem Libanon angehören, führte die Konfrontation zwischen ihnen und der israelischen Gewerkschaftszentrale in London zu keinem positiven Ergebnis, weil die arabischen Gewerkschaften – die libanesische stärker als die eher zurückhaltende tunesische Organisation – mehr Interesse an der Verurteilung der angeblichen israelischen «Aggression» gegen die arabischen Staaten hatten als an der Erzielung eines gemeinsamen Standpunktes und sich sogar der israelischen Forderung nach Verurteilung der Luftpiraterie widersetzen. Die Gewerkschaften von Zypern erklärten sich bereit, als neutrales Zentrum zur Austragung der Gegensätze zwischen arabischen und israelischen Gewerkschaften zu dienen, und der neu gewählte Vorstand des IBFG hat, wie angekündigt wurde, die Absicht, die Situation demnächst im Nahen Osten gründlich zu untersuchen, aber die Erfolgsaussichten scheinen hier nicht sehr gross zu sein.

Die europäischen Gewerkschaftsprobleme

Der vielleicht wichtigste Beschluss des Londoner Kongresses ist die Tatsache, dass man dem Druck der Mitgliedsverbände aus Afrika nachgab und sich dazu bereit erklärte, eine Regionalorganisation des IBFG für Afrika zu errichten, neben der für Asien und Amerika bereits bestehenden (ein früherer solcher Versuch in Afrika musste vor einigen Jahren aufgegeben werden). Afrika ist so gross und mannigfaltig, dass man es von einem Punkt allein kaum «bearbeiten» kann, aber der IBFG ist da im Interesse von Demokratie und sozialem Fortschritt zu jedem Opfer bereit. Vom Kongress ungelöst bleibt die Frage des Zusammenschlusses der europäischen Gewerkschaften zur gemeinsamen Bewältigung der durch die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft aufgeworfenen Fragen. Man hat zwar schon 1951 eine europäische Regionalorganisation geschaffen, an der auch der SGB vollen Anteil nahm, aber diese ganz Europa umfassende Regionalorganisation konnte sich in das EWG-Problem nicht aktiv einschalten, weil die sechs EWG-Staaten (Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder) das in ihrem eigenen «Europäischen Gewerkschaftssekretariat» besorgten. Später ist es dann zu einem analogen Zusammenschluss der Gewerkschaften aus dem Efta-Bereich gekommen, so dass die europäische Regionalorganisation des IBFG als überflüssig aufgelöst wurde. Nun geht es darum, aus dem ursprünglich auf die sechs Länder beschränkten «Europäischen Sekretariat» und dem Komitee der Efta-Länder infolge der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auf zehn und der Herstellung von vertraglichen Bindungen zu den neutralen Staaten Finnland, Oesterreich, Schweden und Schweiz ein neues Organ zur Bewältigung der hier erstehenden gewerkschaftlichen Aufgaben zu schaffen. Mit Recht oder Unrecht fürchtet man in

Asien und Afrika, dass durch einen solchen Zusammenschluss ein «Klub der Reichen» geschaffen würde, dass die Europäer sozusagen einen Block gegen die anderen bilden wollen, was für die Entwicklungsländer ungünstig wäre. Man versteht dort, dass die Europäer in und ausserhalb der Europäischen Gemeinschaften ihre besonderen Probleme haben und sie bewältigen wollen, aber man hat ein schwer zu zerstreues Misstrauen gegen eine wirkliche oder vermutete «europäische Exklusivität» innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung und auch andere aussereuropäische Gewerkschaftsorganisationen, wie die kanadische, haben am Londoner Kongress den Europäern geraten, hier sehr vorsichtig vorzugehen. Aber auch in Europa selbst ist man sich diesbezüglich nicht einig. Soll die ins Auge gefasste europäische Organisation einfach eine regionale Gruppierung innerhalb des IBFG sein, also eine Art Neubelebung der aufgelösten europäischen Regionalorganisation, soll sie mit dem IBFG nur das haben, was man «organische Verbindungen» nennt, oder sollte sie gar ganz selbständig sein, so dass in ihr vielleicht auch nicht dem IBFG oder einem der internationalen Berufssekretariate in seinem Bereich angehörende Organisationen Platz finden könnten? Die über diesen Punkt in London nicht zu Ende gebrachte Debatte soll in der neu gewählten Leitung des Bundes weitergeführt werden.

Die neu gewählten Organe des IBFG

Nach dem aus gesundheitlichen Gründen erfolgten Rücktritt des bisherigen Generalsekretärs Harm Buiter (Niederlande) hat der Vorstand des IBFG Anfang dieses Jahres Otto Kersten (44), den bisherigen Leiter der internationalen Abteilung im Deutschen Gewerkschaftsbund, zum Generalsekretär bestellt. Am Londoner Kongress wurde Kersten, der erste Deutsche in diesem Amt, ohne Gegenkandidaten, bestätigt. Das Amt des Präsidenten des IBFG, das in den letzten sieben Jahren der Italiener Bruno Storti innegehabt hatte, geht jetzt auf den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes von Kanada (1,3 Mio Mitglieder) Donald Macdonald (63) über. Bei den Neuwahlen des Vorstandes wurde Fritz Leuthy, Sekretär des SGB, neuerlich zum ersten Stellvertreter des Mitglieds Alfred Ströer (Oesterreich) gewählt.